Danziger Dampfboot.

№ 270. 1863.

Mittwoch, den 18. November. 34ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, Dienstag 17. November.
Die Mitglieder der Ständeversammlung und deren Stellvertreter versammeln sich hier nächsten Donnerstag Mittags, um über die Lage des Landes zu berathen.

Hamburg, Dienstag 17. November.
Zuverlässigen Berichten zufolge wird in Kopenhagen agitirt, den König zur Unterzeichnung des neuen Verfassungsentwurfs zu drängen.

Hamburg, Dienstag 17. November.
Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Kopenhagen hat am Sonntag der preußische Gesandte von Balan dem Conseilpräsidenten Hall die Mittheilung gemacht, daß Preußen die etwanige Promulgation des Verfassungsentwurfes als eine wesentliche Erschwerung der Situation betrachten müsse. Der Entschluß des dänischen Ministeriums, dem Könige die Publicirung des Entwurfes anzurathen, sei aber dadurch nicht erschüttert worden.

Frankfurt a. M., Dienstag 17. November.
Die „Europe" enthält die von heute datirte telegraphische Mittheilung aus Wien, daß am 16. d. ein Abtheilungschef des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Brüssel als außerordentlicher Courier mit Depeschen des Königs Leopold daselbst eingetroffen sei, nachdem er in Berlin gleichfalls Depeschen übergeben. Es scheine, daß der König der Belgier Unterhandlungen zwischen Preußen, England, Oesterreich und Rußland in Betreff des Kongresses vermittele.

Wien, Dienstag 17. November.
In der heutigen Sitzung des Unterhauses bemerkte der Abgeordnete Dietl gelegentlich der Generaldebatte über das Polizeibudget, die polnischen Abgeordneten hätten dem Staatsministerium über das ungesetzliche Vorgehen der Behörden in Galizien eine Denkschrift überreicht und um Wiederherstellung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes gebeten. — Staatsminister v. Schmerling entgegnete, er habe die Denkschrift aufmerksam geprüft und habe die Prüfung ihm die Ueberzeugung verschafft, daß die Behörden mit großer Mäßigung vorgegangen. Die von der Regierung in Galizien getroffenen Vorkehrungen gingen dahin, die Revolution daselbst, deren Bestreben darauf gerichtet sei, Galizien von Oesterreich loszureißen, zu bekämpfen. — Der Abgeordnete Zyblikiewicz machte hierauf von den durch die Verfügungen der Behörden in Galizien hervorgerufenen Zuständen eine grelle Schilderung. Galizien sei Oesterreich nie so anhänglich gewesen, wie im gegenwärtigen Augenblicke. — Dem entgegen hebt der Polizeiminister in seiner Schilderung der galizischen Zustände die Existenz der geheimen über das ganze Land verbreiteten Regierung hervor, einer Regierung, welche Steuern ausschreibe und eintreibe und die Befehle der Nationalregierung ausführe. Er erwähnt der Verhaftung eines vollständig organisirten revolutionären Platzkommandos nebst Registratur in Krakau und bemerkt schließlich, die Regierung fürchte sich nicht; sie werde sich in Ausübung ihrer Pflicht nicht beirren lassen, sondern fortfahren, den ruhigen Theil der Bevölkerung Galiziens zu schützen.

Kopenhagen, Montag 16. November.
Ein offener Brief des Königs Christian spricht den festen Entschluß aus, die Reichsverfassung und die Gesetze unverbrüchlich zu halten und allen Unterthanen gleiche Gerechtigkeit und gleiches Wohlwollen angedeihen zu lassen. Am Schluß des offenen Briefes befiehlt der König, daß der Geschäftsgang unverändert bleiben, so wie daß die zeitigen Minister und alle Beamte in ihren Stellen verbleiben sollen. In der heutigen Sitzung des Reichsrath verlas der Conseilspräsident Hall die Botschaft des Königs und der Präsident des Reichsraths das Eidesdokument.

Landtag.

Herrenhaus.

Die fünfte Kommission des Herrenhauses (Berichterstatter Dr. v. Daniels) hat bezüglich der Verordnung vom 1. Juni c., das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften betr., Bericht erstattet. Nach Inhalt des Berichts bezogen sich die der Berathung in der Kommission beiwohnenden Kommissarien der Königlichen Staatsregierung zur Rechtfertigung des Erlasses der Verordnung, auf den Inhalt der mit derselben vorgelegten Denkschrift, und glaubten sich für jetzt einer weiteren Begründung enthalten zu können, indem die dieser Verordnung vorangegangenen täglichen Ausschreitungen der Zeitungspresse durch ihre Offenkundigkeit jede weitere Beweisführung für das Bestehen eines die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit gefährdenden ungewöhnlichen Nothstandes entbehrlich machen dürften.

Diese Ansicht fand in der Kommission mehrseitig Unterstützung. Insbesondere wurde thatsächlich angeführt: eine der Achtung vor jeder festen staatlichen Ordnung, und vor den Persönlichkeiten, welche zu ihrer Aufrechterhaltung mitzuwirken haben, entschieden feindliche Haltung der Mehrzahl vielgelesener inländischer Blätter habe schon im Mai v. J. einen Theil der Mitglieder des Hauses zu dem Entschlusse bestimmt, in einem einzubringenden besonderen Antrage dem Herrenhause zur Erwägung zu stellen, ob nicht die Königliche Staats-Regierung zu ersuchen sei, an beide Häuser des Landtages eine wider fortgesetzten Mißbrauch gerichtete Vorlage gelangen zu lassen.

Während der hierüber eingeleiteten Besprechungen sei durch bekannte Zwischenvorfälle die Schließung des Landtags herbeigeführt worden.

Es könne daher nur mit Dank als eine dem Lande erwiesene Wohlthat anerkannt werden, wenn die Regierung Sr. Majestät des Königs für angemessen erachtet habe, den dringenden Uebelständen, durch welche der Frieden im Lande das Ansehen der öffentlichen Behörden untergrabenden staatsfeindlichen Einflüssen täglich ausgesetzt war, durch geeignete Vorschriften bis dahin eine Schranke zu setzen, daß beide Häuser des Landtages nach ihrer Wiedereröffnung in der Lage sein würden, gesetzlichen Anordnungen ihre Zustimmung zu geben, durch welche der verkommene Zustand der Zeitungspresse, bleibend gebessert und Ueberschreitungen vorgebeugt werden könne, welche zu verhindern die bestehenden Gesetze sich als unzulänglich erwiesen hätten.

Nach eingehender Besprechung der mitgetheilten Erfahrungen und Ansichten wurden die Fragen, ob den Förmlichkeitsbedingungen genügt worden sei, unter welchen nach Artikel 63 der Verfassungs-Urkunde die Verordnung vom 1. Juni 1863 mit Gesetzeskraft erlassen und in Ausführung gebracht werden konnte, und ob die thatsächlichen Bedingungen als vorhanden anzuerkennen seien, welche der Artikel 63 zu dem Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft voraussetze, bejaht und schließlich, nach Prüfung des Inhalts der Verordnung, der Antrag gestellt:

das Herrenhaus wolle beschließen:

1) der auf Grund des Artikels 63 der Verfassungs-Urkunde erlassenen Verordnung vom 1. d. J. über das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen;

2) auszusprechen, daß es ein dringendes Bedürfniß zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und der staatlichen Ordnung sei, die Verordnung so lange in Wirksamkeit zu erhalten, bis mit Zustimmung beider Häuser des Landtags anstatt derselben andere gesetzliche Bestimmungen in Wirksamkeit treten können.

Auch die Adreß-Commission des Herrenhauses hat ihren Bericht erstattet und dem Hause die Annahme des von ihr vorgelegten Entwurfs einer Adresse an des Königs Majestät empfohlen.

Beide Gegenstände werden in der auf Mittwoch den 18. d. M., 11 Uhr Vormittags, anberaumten Sitzung des Herrenhauses zur Berathung und Diskussion gelangen.

Der Wortlaut der Adresse, wie sie die Adreßkommission des Herrenhauses dem Plenum zur Annahme empfiehlt, ist folgender:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Euer Königlichen Majestät hält das Herrenhaus es für seine unerläßliche Pflicht, den tiefgefühltesten Dank für die landesväterlichen Absichten auszusprechen, welche wir aus den wohlwollenden und kräftigen Worten freudig entnommen haben, mit denen Eure Majestät den Landtag der Monarchie zu eröffnen geruhten. Eure Majestät haben mit ebensoviel Milde wie Festigkeit es ausgesprochen, daß von den Rechten des Königthums nichts vergeben werden darf, wenn der preußische Staat bestehen und wenn demselben die Segnungen wirklich zu Theil werden sollen, die aus einem gewissenhaften und patriotischen Gebrauch der selbständigen Rechte der Landesvertretung hervorgehen können. Euer Majestät in diesen Wegen mit unerschütterlicher Treue zur Seite zu stehen, wird das Herrenhaus sich zur heiligen Pflicht machen, und dem Vertrauen entsprechen, welches Euer Majestät in die Unterstützung der Landesvertretung bei allen auf die innere Wohlfahrt, wie auf die äußere Sicherheit des Staats abzweckenden Unternehmungen zu setzen berechtigt sind.

Wir werden auch gern zu dem Friedenswerke mitwirken, welches Euer Majestät dadurch beabsichtigen, daß die Befugnisse der Staatsregierung zur Leistung der nothwendigen Ausgaben für den Fall, daß eine Einigung über den Staatshaushaltsetat nicht zu Stande gekommen ist, durch eine Gesetzvorlage näher geregelt werden sollen.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die neue Formation des Heeres, welches wir Euer Majestät Weisheit verdanken, sich als ebenso zweckentsprechend, wie den wirthschaftlichen Interessen des Landes förderlich bewährt hat und daher in ihrem Fortbestande nimmermehr gefährdet werden darf, werden wir den in Aussicht gestellten Entwurf eines neuen Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen.

Wir sehen es als einen besonderen Segen Gottes an, der auf diesem Werke geruht hat, daß durch den steigenden Wohlstand des Landes sich auch die Finanzkräfte des Staats in dem Maaße gehoben haben, daß der Aufwand für die Verstärkung des Heeres aus den laufenden Einnahmen getragen und doch anderweite, außerordentliche Verwendungen zum Besten des Landes gemacht werden können.

Durch die eingeleiteten Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins sind die Hoffnungen neu belebt, daß dieses Band realer deutscher Einheit, für dessen Begründung und Erhaltung die Finanzen und die volkswirthschaftlichen Interessen Preußens schon so erhebliche Opfer gebracht haben, nicht wird zerrissen werden. Sollten die dahin gerichteten wohlwollenden Absichten dennoch vereitelt werden, so wird Preußen auch auf dem Handels- und Zollgebiet seine eigenen Wege zu finden die Kraft und Befähigung haben.

Die von den deutschen Bundeslanden Holstein und Lauenburg durch die Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark geschmälerten Rechte sind bereits in früheren Stadien der Verhandlungen Gegenstand eines besonderen Antrages des Herrenhauses gewesen, welcher die Beseitigung der obwaltenden Differenzen für ein Recht und eine Pflicht des deutschen Bundes erachtete.

Wir vernehmen mit Befriedigung, daß dazu jetzt die geeigneten Wege eingeschlagen sind, und hoffen, daß so die Rechte jener Bundesländer werden gesichert werden.

Das von Euer Majestät angeordnete rechtzeitige und kräftige Einschreiten gegen die Verbreitung der aufständischen Bewegungen im Königreich Polen auf das diesseitige Landesgebiet, ist mit vollem Erfolge gekrönt worden. Wir halten uns verpflichtet den lebhaftesten Dank dafür darzubringen, besonders auch im Namen der Landestheile, denen die Segnungen des Friedens erhalten sind, während an ihren Grenzen der Aufruhr in seiner erschreckendsten Gestalt seit fast einem Jahre wüthet. Eine schnell ausgeführte militärische Aufstellung in den Grenzprovinzen hat den Unterthanen Eurer Majestät einen wirksamen Schutz gewährt. Seine feste und unzweideutige Politik in der Polnischen Sache hat Preußen bei den Europäischen Mächten eine volle Anerkennung gesichert und selbst den Gegnern Achtung abgewonnen.

Die Lage von ganz Europa ist eine bewegte, Euer Majestät mahnen uns Allerhöchst Selbst, daß vielleicht noch bewegtere Zeiten bevorstehen. Dem gegenüber würde es um so dringender geboten sein, die militärische Defensivkraft Deutschlands in der bestehenden Bundesverfassung zu stärken, während unvorbereitete und unerwartete Reformversuche eines deutschen Fürstentages auch diese Schutzwehr Deutscher Einheit zu erschüttern drohen.

Die verschiedensten, ja ganz divergirende politische Anschauungen haben mit Dank es begrüßt, daß Euer Majestät die Ehre und die Rechte Ihrer Krone und Preußens in fester Hand gehalten haben. In der That kann nur dadurch, daß die Machtstellung Preußens und sein providenzieller Beruf für Deutschland, allseitige Anerkennung findet, die Einheit, Macht und Sicherheit des deutschen Vaterlandes wahrhaft gefördert werden.

Wir dürfen mit Zuversicht hoffen, daß die sorgsame Wahrung der Ehre und der Rechte Euer Majestät Krone auch bei der Kaiserlich österreichischen Regierung die Ueberzeugung hervorrufen wird, daß nur im Einverständniß und durch gemeinsames Vorgehen mit Preußen, das Gedeihen und die Sicherheit Deutschlands zu erreichen ist.

Allergnädigster König und Herr!

Funfzig Jahre sind verflossen, seit des Königs, Ihres Herrn Vaters, Majestät in schwer bedrängter Zeit ewig denkwürdige Worte an Sein Volk richtete, und Seine Unterthanen wie Ein Mann mit Thaten der aufopferndsten und hingebendsten Treue antworteten. Den Segen, welchen Gott der Herr auf diese Worte und Thaten legte, nnd in einem halbhundertjährigen Frieden fortdauern ließ, haben Ew. Majestät mit Ihren Unterthanen in diesem Jahre dankbar gefeiert. Unser Trost in mannigfachen Zerwürfnissen und unsre Freude ist, daß Allerhöchstdieselben mit uns an dem Vertrauen festhalten: es ist noch dasselbe alte preußische Volk, welches durch Gottes Gnade Ihrer königlichen Regierung anvertraut ist!

Das feste und wohlwollende Regiment in Gerechtigkeit und Zucht, welches Euer Majestät auch für die Zukunft zugesagt haben, wird, — daran zweifeln wir nicht, — auch Irregeleitete bald auf die rechten Wege zurückführen. Ew. Majestät werden mit Genugthuung sehen, daß Ihr Volk auch jetzt noch in Thaten die alte Treue zu bewahren wissen und mit Dank und Preis erkennen wird, wie ihm in seinem Könige der Segen Allerhöchst Ihrer glorreichen Väter erhalten und erneuert ist.

In tiefster Ehrfurcht ersterben wir Ew. königlichen Majestät allerunterthänigstes, treugehorsamstes Herrenhaus.

Rundschau.

Berlin, 17. November.

— Se. Majestät der König fuhr Mittags 12 Uhr mit Ihren königl. Hoheiten den Prinzen Carl, Friedrich Carl, Albrecht, dem Prinzen August von Würtemberg und andern fürstlichen Personen nach dem Grunewald, und nahm an der 1000. Parforcejagd Theil, die dort abgehalten wurde. Nach dem Schlusse der Jagd war im Jagdschloß Grunewald ein solennes Diner. Bei der heutigen Parforcejagd waren alle Pferde reich mit Bandschleifen und Rosetten in verschiedenen Farben geschmückt.

— Hr. Grabow, der Präsident des Abgeordneten-Hauses, welcher bisher zu den „Wilden" zählte, ist jetzt der Fraction des linken Centrums, (v. Bockum-Dolffs) definitiv beigetreten.

— Ueber die Parteistellung des Frhrn. v. d. Heydt meldet die Elb. Z. „aus bester Quelle": „Schon im Mai v. J., als der König die Absicht hatte, Hrn. v. Bismarck an dic Spitze des Ministeriums zu berufen, war Hr. v. d. Heydt damit vollständig einverstanden. Die beabsichtigte Ernennung kam indeß damals aus anderweiten Gründen nicht zur Ausführung und aus persönlicher Hingebung für den König ließ Hr. v. d. Heydt sich bereit finden, das Ministerpräsidium interimistisch zu übernehmen. Der Rücktritt des Hrn. v. d. Heydt erfolgte aus Gründen, welche mit irgend einer persönlichen oder sachlichen Opposition gegen Hrn. v. Bismarck in durchaus keinem Zusammenhange standen. Die damaligen Beziehungen zwischen den beiden Herren war in keiner Weise unfreundlicher Art; es ist im Gegentheil Thatsache, daß Hr. v. d. Heydt durch den Herren Ministerpräsidenten ausdrücklich, und zwar dringend und wiederholt ersucht wurde, im Ministerium zu verbleiben. Auch später haben die Mitglieder des Kabinets mit Hrn. v. d. Heydt unausgesetzt in sehr freundlichen Verhältnissen gestanden, welche unter Anderm ihren Ausdruck auch in der Rangerhöhung fanden, welche Herrn v. d. Heydt auf Antrag des Ministeriums durch den König zu Theil wurde. Alle diese Verhältnisse sind der Art, daß etwaige Vermittelungsprojekte des Frhrn. v. d. Heydt sich sicherlich nicht von der Linie entfernen werden, auf welcher ein wesentliches Zusammengehen mit dem Ministerium möglich bleibt."

— Der Dichter Brachvogel, der in den letzten Jahren das Organ des Johanniter-Ordens redigirt hat, ist vom Capitel in Kenntniß gesetzt worden, daß er wegen seines letzten Romans „Schubart und seine Zeitgenossen" fernerhin nicht mehr die Redaction behalten könne.

Frankfurt a. M., 14. Nov. An Stelle der am vergangenen Donnerstag ausgefallenen fand heute eine außerordentliche Bundestagssitzung statt. Veranlassung dazu hat wohl eine Erklärung Dänemarks gegeben, welche beim Präsidium eingelaufen war und die eine Competenz der holsteinischen Stände auch bezüglich des Normalbudgets in Aussicht stellt. Auf Vorschlag des Präsidialgesandten wurde die Erklärung den vereinigten Ausschüssen zugewiesen. Allem Anschein nach ist dieser neue „Vermittlungs-Antrag" Dänemarks derselbe, von dem dieser Tage die Blätter erzählten, daß der in Wien und Berlin gestellt worden sei.

Stuttgart, 12. Novbr. Nach Mittheilungen eines Lokalblattes hat unser Hof bereits auf das Einladungsschreiben des französischen Kaisers geantwortet, man müsse sich zuerst mit den deutschen Bundesfürsten benehmen. Von jeher war man hier zuvorkommend gegen Napoleon; hat man doch ihm zu Liebe erst neulich noch die Theilnahme des Militairs an dem Oktoberfeste verboten, um nicht zu erinnern an jene verhängnißvolle Kaiserzusammenkunft im Jahre 1858, wo das Schloß in Stuttgart strahlte am Vorabend des über Oestreich heraufbeschworenen Gewitters.

Athen, 7. Nov. Sonntag Abend fand das großartige Feuerwerk und die Beleuchtung der Akropolis statt, welches den Schluß der Feste bildete. — Am Sonntag Morgen ging der König, in Civil gekleidet, zu Fuß in die Kirche, um die Messe zu hören. — Am Montag Morgen hielt der König, in Generals-Uniform der Infanterie gekleidet, Truppenschau über die Nationalgarde und die Garnison Athens. Er war zu Pferde, gefolgt von einem glänzenden Generalstabe. Am Dienstag begannen die Audienzen, und gestern empfing der König das Offizier-Corps. Bei dieser Gelegenheit äußerte er: „Ich mache Sie verantwortlich, daß die Disziplin in das Heer zurückkehre uud keine Unordnung mehr sich ereigne." Schon in den ersten Tagen nach seiner Ankunft suchte Georg I. ein Ministerium zu bilden, worin die Häupter der verschiedenen politischen Parteien vereinigt werden sollten; jedoch suchte Herr Bulgaris, der Ex-Präsident der provisorischen Regierung, den König zu überzeugen, daß ein solches Ministerium weder möglich, noch constitutionel sei. Bulgaris empfing darauf selbst den Auftrag, ein Ministerium nach seiner Wahl zu bilden und dasselbe binnen 24 Stunden dem Könige zu präsentiren. Bulgaris fand große Schwierigkeiten, seine Minister-Liste zu Stande zu bringen, und man glaubt daher mit Recht an keine lange Dauer dieses neuen Ministeriums. Gestern Abend leisteten die neuen Minister vor dem Könige ihren Eid und traten ihre Functionen an.

Paris, 15. Novbr. Die 20 Länder, deren Souveraine vom Kaiser die Einladung zum Congresse erhalten haben, sind der „France" zufolge: England, Oesterreich, Rußland, Deutschland (Bundestag), Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg, Sachsen (Königreich), Italien, Spanien, Rom, Türkei, Belgien, Dänemark, Schweden-Norwegen, Niederlande, Portugal, Griechenland und Schweiz. — Man spricht von Garantieen, welche der Kaiser in Rücksicht auf den bevorstehenden Congreß für seine friedfertige Gesinnung geben will. Hunderttausend Mann sollen in Urlaub geschickt werden. Dies könnte gleichzeitig auch die Budgetnoth etwas lindern. Wie es heißt, soll Herr Fould diesen Antrag bereits dem Kaiser förmlich vorgelegt haben. Man vernimmt, daß der Kaiser außer der identischen Einladung noch ein besonderes Schreiben an den König von Belgien gerichtet habe, um ihn ganz besonders für eine Befürwortung des Congresses bei den gekrönten Häuptern Europas zu gewinnen; auch soll in diesem vertraulichen Schreiben ein Entwurf der dem Congreß zu unterbreitenden Grundlage enthalten sein. Erzherzog Maximilian soll seinerseits am wiener Hofe die Congreß-Idee sehr lebhaft befürworten.

London, 14. Nov. „Daily News" will nichts von einer Betheiligung Englands an dem Congresse wissen. Es ist gewiß eine sehr bezeichnende Thatsache, bemerkt sie, daß der Vorschlag von jenem Gewalthaber ausgeht, der den langen Frieden Europa's gebrochen und den blutigen russischen und italienischen Krieg vorsätzlich entzündet hat. Es ist ferner bedeutsam, daß dieser Seher, der seine eigenen Weissagungen erfüllt, damit beginnt, die Existenz einer Gefahr anzugeben, deren Geheimniß Niemand außer ihm hat, und mit einer Drohung schließt. Nicht ohne Grund spricht der Kaiser davon, Bürgschaften für den friedlichen Character seiner Bestrebungen geben zu wollen, aber von wirklich friedliebenden Souverainen verlangt man solche Bürgschaften gar nicht. Es ist von böser Vorbedeutung, daß der Kaiser eine ausschließlich französische — vielleicht besser gesagt, bonapartistische — Idee als Basis des Congresses aufstellt; die Idee nämlich, daß die wiener Verträge nicht mehr vorhanden seien. Wir in England haben keinen besonderen Grund die Verträge von 1815 zu lieben. Sie enthalten Vieles, was die Liberalen Englands stets mißbilligt, und dessen Abänderung sie verlangt haben. Aber das ist kein Grund für uns, das einzige öffentliche Recht Europas abgeschafft zu erklären, um dem Ehrgeiz den Weg zu bahnen. Man sagt uns, daß es legitime Volkswünsche zu befriedigen gebe. Nun, in Paris hält man den Wunsch der Franzosen nach der Rheingrenze für berechtigt, den Wunsch der Römer dagegen sich selbst zu regieren und gleich den Franzosen ihre eigne Regierung zu wählen, für unberechtigt. Eben so hält man es in Paris für ein erlaubtes Ding, in ein fremdes Land zu fallen, sich der Hauptstadt zu bemächtigen und einen französischen Viceregenten an die Stelle der heimischen Regierung zu setzen, während in den meisten Ländern ein solcher Act für rechtlos gilt. Diese Beispiele zeigen, daß in der Welt verschiedene Ansichten und Meinungen herrschen, die ein Congreß schwerlich ausgleichen würde. Der conservative „Morning Herald" zweifelt nicht an der Aufrichtigkeit des Kaisers, aber erwartet seinen praktischen Erfolg von den Berathungen des Congresses, er meint sogar, daß derselbe nicht einmal die Fehler der Wiener Verträge, zu denen er u. A., ein für ein Toryblatt sehr bemerkenswerthes Zugeständniß, die Errichtung des deutschen Bundes zählt, verbessern oder beseitigen könne.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 18. November.

— Die Nachricht, daß der Handelsminister geneigt sein soll, einer Gesellschaft von englischen Kapitalisten die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Belgard nach Dirschau zu geben, hat in den hinterpommerschen Kreisen die größte Bestürzung erregt, indem man fest überzeugt ist, daß der Bau dieser Bahn, den einer Strandbahn von Köslin nach Danzig ausschließt. Eine große Anzahl Bewohner der Kreise Stolp und Lauenburg hat sich deshalb in einer Petition an den König gewendet."

— Das hiesige Diakonissen-Krankenhaus, (Neugarten Nro. 23.) hat eine sehr empfehlenswerthe Einrichtung getroffen; jede Herrschaft nämlich, die für eine Dienstbotin ohne Unterschied des Glaubens jährlich zwei Thaler an dasselbe zahlt, erhält, wenn dieselbe erkrankt, für sie freie Aufnahme in die Anstalt; jedoch ausgeschlossen sind Geisteskranke, Eepileptische und solche, die an einer unheilbaren oder ansteckenden Krankheit leiden. Wenn eine Dienstbotin, für die abonnirt worden ist, während des Abonnements aus dem Dienste scheidet, so gilt dasselbe fort für ihre Nachfolgerin

— Zum Besten des Johannisstiftes hielt gestern im großen Gewerbehaussaale Herr Prediger Rhode aus Elbing einen Vortrag über die Einführung der Reformation in unserer Schwesterstadt Elbing. Der Vortrag war im höchsten Grade ausgezeichnet durch historische Treue und Gründlichkeit und wurde von dem Auditorium mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Der Herr Vortragende bemerkte, daß als vor 5 Jahren am Sontag Oculi zu Elbing das Fest der 300jährigen Einführung der Reformation, welche nur unter den härtesten Kämpfen durch die bewundernswertheste Standhaftigkeit der Väter und ihren hohen Muth möglich gewesen, gefeiert worden, sich nur eine sehr geringe Betheiligung gezeigt, weil dem Geschlecht der Gegenwart der Sinn für religiöse Interessen fehle. Zum Schluß seines interessanten Vortrages sagte er: „Wir befinden uns an dem Vorabend ähnlicher Kämpfe; aber der Gott, der unsere Väter gestärkt hat, wird auch uns die rechte Liebe und Begeisterung für dieselben schenken."

— Morgen wird vor dem hiesigen Criminal-Gericht eine höchst interessante Anklage wegen Urkundenfälschung verhandelt werden.

— Herr Dr. Bail wird morgen im Gewerbe-Verein einen Vortrag über den electromagnetischen Telegraphen halten.

— Das Turnen nimmt in unserer Stadt einen rüstigen Fortgang, wozu der Turnlehrer Hr. Schubart durch seine Liebe zur Sache und seine unermüdliche Thätigkeit wesentlich beiträgt.

— Das gestern in hiesigen Zeitungen abgedruckte Inserat des Herrn Fleischermeisters A. Paul über Trichinen hat großes Aufsehen in der hiesigen Be-

völkerung erregt, und es ist zu erwarten, daß es eine lebhafte Debatte in der öffentlichen Meinung herbeiführen werde.

— Gestern Abend waren die Arbeiter Lemke'schen Eheleute vor ihrer Wohnung in Schidlitz beschäftigt, von einem Wagen Spähne abzuladen. Ein vorübergehender Bekannter, der Arbeiter Senger aus Schellingsfelde, forderte den Mann auf, mit ihm „einen Schnaps" trinken zu kommen. Die Frau rieth davon ab; der Arbeiter Senger wurde darüber so entrüstet, daß er mit einer Flasche, die er in seiner Hand hielt, nach dem Kopfe der Frau schlug. Leider traf dieser Schlag so unglücklich, daß die Frau niederstürzte und nach wenigen Minuten zu leben aufhörte.

Königsberg. Ende vergangener Woche strandete unweit der Südermoole an der frischen Nehrung das von hier mit Eisen und Schiffsbauholz nach Danzig beladene Stromfahrzeug „Malvine" und wurde total zerschlagen, die Mannschaft aber glücklich gerettet. In dieser stürmischen Jahreszeit wäre es für Fahrzeuge, die nicht für die Fahrt auf der See gebaut sind, doch rathsamer, den Weg über Haff und die Ströme zu nehmen.

Stadt-Theater.

Die gestrige Aufführung der „Lucrezia Borgia" von Donizetti bot in einigen Partien schöne Leistungen der Inhaber derselben. Vor Allen verdient Fräul. Hülgerth für ihre wackere Durchführung der Titelrolle unsere unbedingte Anerkennung. — Es ist nicht leicht, diese italienischen Kopfüberschläge zu einer genießbaren musikalischen Einheit zu verschmelzen und daß Fräul. Hülgerth dieses gelungen, davon zeugte der lebhafte Beifall, welcher jeder ihrer Nummern zu Theil wurde. Dem „Orsino" des Fräul. Hofrichter können wir unsere Anerkennung nicht versagen; die Partie liegt für die Stimme der jungen Sängerin sehr unbequem; um so mehr verdient die fleißige und sorgfältige Bearbeitung derselben lobende Erwähnung. Herr Funk war ein anerkennenswerther Vertreter des „Alfonso", dessen Leistungen seitens des Publikums beifällig aufgenommen wurden. Ueber Hrn. Stigele, der, an einer störenden Indisposition leidend, den „Gennaro" sang, wollen wir mit unserm Urtheil zurückhalten. Die Inhaber der übrigen kleinen Partien thaten ihr Mögliches, um die Oper zur Geltung zu bringen.

**

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Eine große Zoll-Defraudation.] Unter der Anklage einer solchen befand sich zu Ende des vorigen Monats der norwegische Schiffs-Capitain Barnesen vor den Schranken des hiesigen Criminal-Gerichts. Derselbe war am 6. Octbr. d. J. mit seinem Schiff in den Hafen von Neufahrwasser gekommen und hatte die Ladung des Schiffes laut Haupt-Eingangs-Declaration vom 6. Oct. dahin declarirt, daß dieselbe 96 Fässer Porzellanerde, welche der Kaufmann Herr Engler hierselbst zu empfangen habe, enthalte. Porzellanerde ist bekanntlich ein Gegenstand, von welchem kein Eingangszoll zu entrichten ist. Es war demnach die Ladung verschlossen und unter Aufsicht hieher gebracht worden, um dem Herrn Kaufmann Engler zum freien Verkehr declarirt zu werden. So weit war denn Alles recht gut gegangen, und auch bei der zollamtlichen Revision hatte man anfänglich an nichts Arges gedacht; denn in den Fässern 46—96 war wirklich Porzellan-Erde und nichts Anderes gefunden worden; aber als man an die Revision der Fässer 1—45 gekommen, da hatte sich das Blatt gewendet, indem man in denselben 993 Stück Gewehre wie auch 1218 Stück Krätzer und Kugelzieher, ferner 101 Stück Kugel-Formen, zusammen 92 Ctr. 32 Pfd. gefunden. Das waren allerdings Gegenstände, von denen ein Eingangszoll entrichtet werden muß. Wie leicht ersichtlich, war die schlau verhüllte Waffenladung für die Insurgenten in Polen bestimmt. Der Angeklagte, Schiffs-Kapitain Barnesen, erklärte sich vor den Schranken des Criminal-Gerichts für unschuldig, indem er behauptete, von dem Inhalt der Ladung seines Schiffes keine Kenntniß gehabt zu haben. Seiner Behauptung wurde jedoch weder von Seiten der Staatanwaltschaft, noch des hohen Gerichtshofes Glauben geschenkt. Da die Steuerbehörde die Höhe des zu entrichteten Zolles der von ihm eingeführten Waffen auf 904 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. angegeben; so wurde er zu einer Strafe von 5487 Thlr. 3 Sgr. event. 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Der Verurtheilte, welcher sich im hiesigen Criminal-Gefängniß befindet, hat gegen dieses Erkenntniß appellirt.

[Schlägerei.] Der Ursprung der Schlägereien, welche hier und in der Umgegend unter den Arbeitern vorkommen, ist in der Regel ein unerforschter, wie es ehedem die Quellen des Nils waren; aber auch das Dunkel, welches ihren Verlauf umhüllt, läßt sich in der Regel nicht aufklären. Eine solche Schlägerei mit unerforschtem Ursprung und nnaufgeklärtem Verlauf kam vor einiger Zeit in einem Gasthause zu Rothebude unter den Flößern vor. Einige Flößer aus der Umgegend von Elbing wurden bei derselben von Arbeitern aus Krakau und Heubude entsetzlich maltraitirt, und einem derselben wurde im Handgemenge seine silberne Uhr entwendet. Wegen dieser Schlägerei befanden sich vorgestern die Arbeiter Johann Schwarz aus Krakau, Carl Wilhelm Mielke aus Heubude und Julius Ott aus Heubude auf der Anklagebank wegen Körperverletzung. Alle drei erklärten sich für unschuldig. Ott behauptete, am Tage der Schlägerei, nämlich am 12. September d. J., gar nicht in Rothebude gewesen zu sein, und daß er jedenfalls statt eines Namensvetters vor Gericht citirt worden sei. Durch die Zeugenvernehmung wurde denn auch seine Behauptung in keiner Weise widerlegt; auch dem Mielke konnte nicht nachgewiesen werden, daß er an der Schlägerei Theil gehabt. Indessen wurde durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß Schwarz die Häupter seiner Gegner mit seinen Fäusten gründlich bearbeitet hatte, in Folge dessen ihn der hohe Gerichtshof zu einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen verurtheilte. Die beiden andern Angeklagten wurden freigesprochen.

Zur Criminalstatistik der Provinz Preußen.

(Fortsetzung.)

Hierauf folgen:

2) die Verbrechen gegen das Leben, welche leider in hiesiger Provinz in sehr großer Zahl vorkommen; bei dem Verbrechen des Todtschlages steht Preußen allen übrigen Provinzen voran, denn von 171 Fällen dieser Art und 153 Angeklagten kamen 36 Fälle oder 21 % und 34 Angeklagte oder 22,2 % auf die hiesige Provinz, 5,6 und 6,8 % über den Durchschnittssatz; von den 34 Angeklagten wurden 30 verurtheilt und nur 4 freigesprochen; auch bei dem Verbrechen des Mordes war die Zahl der Verbrechen und der Angeklagten beträchtlich; denn von 352 Fällen dieses Verbrechens und 359 Angeklagten kamen 66 Verbrecher oder 18,7 % und 74 Angeklagte oder 20,6 % auf die hiesige Provinz; von diesen 74 Angeklagten wurden 57 verurtheilt und nur 17 freigesprochen. Ebenso nimmt unsere Provinz die erste Stelle ein bei dem Verbrechen des Kindesmordes. Die Criminalstatistik der Jahre 1856/59 weiset überhaupt 267 Fälle dieses Verbrechens nach, mit 271 Angeklagten. Von diesen trafen auf die Provinz Preußen 49 Verbrechen mit 50 Angeklagten oder resp. 18,4 und 18,5 %. Von diesen wurden 41 verurtheilt und 9 freigesprochen. Die Durchschnittszahl der Verbrechen und Angeklagten im Verhältniß zur Bevölkerung wurde hiebei um 3 % überstiegen; ein gleich ungünstiges Verhältniß findet sich in keiner andern Provinz; selbst in Schlesien, welches nächstdem am ungünstigsten stand, stellte sich der Procentsatz nur auf + 2 heraus. Ebenso ist auch die Abtreibung der Leibesfrucht eine Handlung, welche in hiesiger Provinz ziemlich häufig vorkommt. Von 70 dergleichen Straffällen, die in gedachten Jahren überhaupt zur Sprache kamen, trafen auf die hiesige Provinz 17 oder 24,2 %, wogegen in der Rheinprovinz nur 2 Fälle vorkamen. Von den 14 wegen dieses Verbrechens in hiesiger Provinz Angeklagten wurden indeß nur 3 verurtheilt, und 11 freigesprochen.

Seltener war die Tödtung durch Vergiftung; es kamen in diesen 4 Jahren nur 6 Fälle dieses Verbrechens mit 7 Angeklagten vor, von denen 5 verurtheilt und 2 freigesprochen wurden.

Bei allen diesen Verbrechen gegen das Leben waren die Frauen im hohen Maße betheiligt. Von 900 Angeklagten waren 444 oder 49,3 % Männer und 456 oder 50,7 % Frauen und zwar zeigte sich diese größere Betheiligung der Frauen selbst bei dem Morde überhaupt, wo die Zahl der Frauen 29,3 % beanspruchte und bei der Vergiftung, wo Männer und Frauen mit resp. 51,4 und 48,6 % sich fast gleich standen.

Ebenso steht

3) unsere Provinz bei dem Verbrechen der schweren Körperverletzung voran. Es kamen in diesen 4 Jahren überhaupt 751 derartige Fälle vor mit 808 Angeklagten; von diesen trafen auf die Provinz Preußen 160 Verbrechen oder 21,3 % mit 176 Angeklagten oder 21,7 %: dies ergiebt 5,9 und 6,4 % über das zuläßige Durchschnittsverhältniß nach Maaßgabe der Bevölkerung. Von diesen 176 Angeklagten wurden 124 verurtheilt und nur 52 freigesprochen. Die Betheiligung der Frauen war bei diesem Verbrechen im Allgemeinen nur gering; es befanden sich unter den Angeklagten nur 7 % Frauen. Dagegen waren den Religionsverhältnissen nach die Evangelischen stärker betheiligt, als die Katholiken; denn es traf 1 evangelischer Angeklagter auf 91,224 und ein katholischer auf 67,159 Einwohner ihrer Confession. Nächst Preußen stand bei diesem Verbrechen Posen, dann Pommern und Westphalen, während Schlesien und Sachsen hier am günstigsten standen.

In zweiter Stelle steht Preußen

4) bei dem schweren Diebstahl. Bei diesem Verbrechen, welches unter den bei den Schwurgerichten zur Aburtheilung gekommenen Sachen eine sehr bedeutende Stelle einnimmt, kamen in den Jahren 1856—1859 13,534 Fälle mit 11,291 Angeklagten vor, zu denen die Provinz Preußen 2480 Verbrechensfälle mit 2154 Angeklagten lieferte oder resp. 18,1 und 19,1 % sämmtlicher Verbrechen und Angeklagten; von diesen wurden 190 freigesprochen und 1964 verurtheilt. Die Zahl der Freigesprochenen war daher verhältnißmäßig nur sehr gering. Den größten Beitrag zu diesem Verbrechen lieferte die Provinz Schlesien, nämlich 33 %; am günstigsten stand die Rheinprovinz mit 5,8 %.

Ebenso behauptet Schlesien die erste und Preußen die zweite Stelle

5) bei Raub und Erpressung; es kamen überhaupt in diesen 4 Jahren 868 solcher Fälle mit 846 Angeklagten zur Sprache; hievon trafen auf Schlesien 322 Fälle mit 308 Angeklagten, also resp. 37 und 36,4 % auf Preußen 215 Fälle mit 205 Angeklagten, also resp. 24,7 und 23,9 %; von den letzteren wurden nur 27 freigesprochen und 176 verurtheilt. Den Religionsverhältnissen nach waren die Katholischen mehr betheiligt als die Evangelischen, denn es traf ein Angeklagter katholischer Confession auf 60,426 Katholiken und ein evangelischer auf 91,373 Einwohner dieser Confession. Der größere Theil der Angeklagten gehörte dem Arbeiterstande an, aber auch alle übrigen Klassen waren bei diesem Verbrechen betheiligt und vertreten. (Schluß folgt.)

Vermischtes.

*** Das Lindell-Hotel in St. Louis, dieses Monstre-Hotel, nach dem Pariser Hotel de la Paix das größte der Welt, dessen Bau unter den günstigsten Auspicien im Jahre 1856 von einer Actiengesellschaft begonnen wurde, ist jetzt seiner Vollendung nahe, bei der gegenwärtigen unheilvollen Zerrüttung Missouris durch Krieg und Parteiung gleichsam ein verfrühtes Monument der Größe, zu welcher St. Louis trotz alledem berufen scheint. Es hat eine Fronte von 272 Fuß und eine Tiefe von 227. Der Speisesaal ist 233 Fuß lang und 45 breit, und das Haus wird 1400 Gäste zur Zeit beherbergen können. Es ist 7 Stockwerke hoch; die Zahl der Fenster ist 810, die der inneren Thüren 650. In grader Linie ausgelegt, würden die Wandleisten 13 Meilen lang sein, und die Inwohner können durch die breiteren nnd höheren Corridore eine Morgenpromenade von 1 1/4 Meilen machen, ohne zweimal denselben Flur zu betreten. Der Apparat der Glockrnzüge enthält 32 Meilen Draht; 3 colossale Wasserbehälter, in welche 30,000 Galonnen Wasser aufgepumpt werden, um von da aus alle Theile des Gebäudes zu versorgen, ruhen auf dem Dache. Die Baukosten betragen 950,000 Dollars; der Werth des im Mittel des oberen, fashionablen Stadttheils belegenen Grundstücks wird auf 327,000 Dollar geschätzt, und wenn man das bis zum nächsten Monat vollständige Mobiliar und Hausgeräth, von welchem bereits für 200,000 Dollar geliefert wurde, hinzurechnet, so repräsentirt das Hotel ein Besitzthum von anderthalb Millionen Werth.

Kirchliche Nachrichten vom 9. bis 16. Novbr.

St. Marien. Getauft: Schuhmachergef. Walter Tochter Bertha Maria. Diener Wölm Tochter Maria Auguste Tapezier Klein Sohn Eugen Arthur. Schuhmachergef. Schütz Sohn Paul Bernhard.

Aufgeboten: Schiffszimmergef. Rob. Koschnick mit Jgfr. Rosalie Neffke zu Stolzenberg.

Gestorben: Dr. med. u. Sanitätsrath Joh. Carl Hein, 73 J. 2 M., Schlagfluß. Schuhmachergef. Walter Tochter Bertha Maria, 3 T., Krämpfe.

St. Johann. Getauft: Kaufmann Gronau Sohn Johannes Hermann. Bäckermstr. Schultz Tochter Ottilie Pauline. Lootse Lehmann Sohn John William. Translateur Block Sohn Johannes Robert William.

Gestorben: Schiffszimmergef.-Wwe. Marie Pahnke geb. Kröcker. 62 J. 3 M., Lungen-Entzündung. Polizei-

Bote Kuhn Sohn Hugo Otto Alfred, 7 M. 2 T., Masern. Fleischermstr.-Wwe. Renate Florent. Gerdeß geb. Diesend, 67 J. 5 M., Lungen-Entzündung. Tischlermstr. Schulz unget. Sohn, 13 T., Schlagkrampf. Lootse Lehmann Sohn John William, 14 T., Pemphigus Atrophia. Hrn. Herbst unget. Sohn, 1 T., Lebensschwäche. Herr Carl Ferdinand Dein, 61 J. 6 M. 14 T., Gelenkrheumatismus u. Gehirnlähmung.

St. Catharinen. Getauft: Bäckermstr. Beck Tochter Martha Anna Louise. Bäckermstr. Schnarke Sohn George Hugo. Handlungsgeh. Klein Zwillingssöhne Carl August Ferdinand und Theodor Ferdinand Max. Bäckermstr. Heberlein Sohn Salomon Siegfried. Telegraphist Weisse Tochter Marie Martha Hulda. Zimmerges. Ruh Sohn Friedrich Wilhelm. Töpfermstr. Grünke Sohn John Ferdinand Ernst. Böttcherges. Kosemund Tochter Clara Johanna Ernestine.

St. Trinitatis. Getauft: Bernsteindrehergeh. Sargart Sohn Andreas Max. Feuerwehrmann Andres Zwillingstöchter Anna Emilie und Helene Elisabeth.

Aufgeboten: Herr Jacob Wilhelm Bahr mit Frau Adelgunde Wilhelmine geb. Mielke verwittw. Pöich.

Gestorben: Schankwirth Kinder Sohn Otto William, 1 J. 3 M., Masern.

Meteorologische Beobachtungen.

17	4	338,28	6,4	Südl. flau, bew. Himmel.
18	8	338,07	6 9	WSW. mäß., bew. Himmel.
	12	338,78	7,9	Westl. flau, bew. Himmel, trübes, regniges Wetter.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 17. November.

9 Schiffe mit Getreide, 1 Schiff m. Holz u. Bier u. 1 Schiff m. Holz.

Angekommen am 18. November:

Sanderson, Catchme; v. Lerwick m. Heeringen.

Ankommend: 1 engl. Schooner. Wind: West.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 14. bis incl. 17. November:

60 Last Weizen, 214⅙ Last Roggen, 15⅓ Last Erbsen, 3141 fichtene Balken u. Rundholz, 211 Last Bohlen und Faßholz. Wasserstand 3 Zoll.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 18. November.

Weizen, 80 Last, 135.36pfd. fl. 445; 133pfd. fl. 440; 134pfd. fl. 438; 134.35pfd. fl. 425, 430, 435; 131 bis 132pfd. fl. 402, 410, 422½; 129.30pfd. fl. 405. 420; 127, 129, 130pfd. fl. 400; 128pfd. fl. 382½, Alles pr. 85pfd.

Roggen, frisch. 124pfd fl. 234; 125.26pfd. fl. 237; 126. 127pfd. fl. 240; 127.28pfd. fl. 240, 243 pr. 81⅚ resp. 125pfd.

Erbsen, weiße, fl. 270.

Hafer 74pfd. fl. 141 pr. 50pfd.; 79pfd. fl. 132.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Justizrath Wagner n. Gattin a. Marienwerder. Die Rittergutsbes. Bethe n. Gattin a. Kolibken und Conrad a. Fronza. Dr. Kreyenberg a. Heidelberg. Gutspächter Neumann a. Stüblau. Kaufmann Laue aus Berlin.

Hotel de Berlin

Buchhändler Herbig a. Berlin. Die Kaufl. Schulz u. Lovens a. Berlin, Kersten a. Glauchau u. Siemenroth a. Mewe. Administrator Hüllmann a. Pniewno.

Walter's Hotel:

Landrath a. D. Pustar n. Fam. a. Hoch-Kölpin. Rittergutsbes. v. Czarlinski a. Chwarzau. Die Gutsbesitzer Zimmermann a. Groß Lichtenau, Prondzinski u. Kleczynski a. Berent. Die Kaufl. Michaelis a. Berlin, Ruhm a. Tiegenhof u. Suckenheimer a. Nürnberg.

Hotel drei Mohren:

Ober-Amtmann Zwicker a. Luckoczin. Rentier Dähling a. Elbing. Die Kaufl. Ubthoff a. Leipzig, Rosenstock a. Tilsit, Tugendreich a. Berlin u. Lövensohn n. Gattin a. Breslau.

Hotel de Thorn:

Lieut. a. D. u. Gutsbes. Jorck a. Mehlkau. Lieut. Braunschweig a. Soldau. Die Gutsbes. Zimdars nebst Söhne a. Grebinerfeld, Mix a. Kriefkohl, Ostrowski a. Zugdamm, Wessel a. Stüblau u. Wannow a. Tintenau. Die Kaufl. Ewald a. Nordhausen, Ebeling a. Altenau, Rosenthal a. Leipzig u. Jacoby a. Neuteich. Fabrikant Erbe u. Fräul. Heins a. Königsberg.

Deutsches Haus:

Die Gutsbes. Thymian a. Oblisch, Dammerow aus Klutzewo, Brück a. Letzkau n. Rupprecht a. Königsberg. Die Kaufl. Gericke a. Dresden u. Müller a. Berlin.

[Eingesandt.]

Was die konstitutionelle Partei für einen Zweck hat.

Wenn es wieder dazu kommen sollte, daß das Königthum in Allem den Forderungen der Majorität des Volkes nachgeben muß, dann hat die konstitutionelle Partei **den Zweck**, Uebergriffen des Volkes, wie sie in solcher Zeit nicht ausbleiben können, möglichst entgegen zu treten. Denn die konstitutionelle Partei wünscht ein starkes Königthum, ebenso sehr wie sie die durch die Verfassung verbrieften Rechte des Volkes achtet und gewahrt wissen will. Die konstitutionelle Partei ist deshalb kein „**überwundener** Standpunkt", wie ihr Herr **Wantrup** laut eines konfuse gehaltenen Berichts in Nr. 114 der „Patriotischen Zeitung" nachgesagt hat, — sie erwartet jetzt ruhig ihre Zeit, ebenso wie es die Demokraten während der Landrathkammern, die Kreuzzeitungspartei nach dem Regierungsantritte des jetzigen Königs that. Aber kommen wird diese Zeit und wir wollen im Interesse des Herrn **Wantrup** hoffen, daß die konstitutionelle Partei dann stark genug sein wird, diejenigen, welche frivoler Weise das Feuer geschürt haben, vor allzustrenger Strafe zu schützen. — b —

Berliner Börse vom 17. November 1863.

	Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillig. Anleihe	4½	—	99¾
Staats-Anleihe v. 1859	5	104½	104
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57	4½	101	—
do. v. 1859	4½	101	—
do. v. 1856	4½	101	—
do. v. 1850, 1852	4	97¼	96¾
do. v. 1853	4	97¼	96¾
do. v. 1862	4	97¼	96¾
Staats-Schuldscheine	3½	88	87½
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	119½	118½
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	84	—
do. do.	4	93¾	93¼
Pommersche do.	3½	88½	—
do. do.	4	99½	99
Posensche do.	4	—	—
do. do.	3½	—	—
do. neue do.	4	94¼	—
Westpreußische do.	3½	83⅞	83⅜
do. do.	4	93¾	93¼
do. do. neue	4	92	91½
Danziger Privatbank	4	100½	—
Königsberger Privatbank	4	101	—
Pommersche Rentenbriefe	4	96¾	96¼
Posensche do.	4	95¾	—
Preußische do.	4	95¼	—
Preußische Bank-Antheil-Scheine	4½	126½	—
Oesterreich. Metalliques	5	62¾	—
do. National-Anleihe	5	67¼	—
do. Prämien-Anleihe	4	77½	—
Russ.-Polnische Schatz-Obligationen	4	70	69

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.